

selten zu sozialer Isolation. Sie sind, wie ich finde, mit dem Bild eines modernen und aufgeschlossenen Aufenthaltsrechts, das neben notwendigen ordnungspolitischen Inhalten auch ein klares Bekenntnis zugunsten der hier im Bundesgebiet schutzsuchenden Menschen enthalten sollte, nur schwer vereinbar.

Bedenkt man darüber hinaus, dass Verstöße gegen räumliche Beschränkungen nach geltender Rechtslage strafrechtliche Sanktionen auslösen – Menschen, die mit dieser Residenzpflicht leben müssen, müssen also bei einer Verletzung dieser Pflicht mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen –, ist die Ausgrenzung der Betroffenen greifbar.

Ich will es abkürzen. Ich werde kurzfristig und zeitnah einen Erlass vorlegen, der vorsieht, die Residenzpflicht innerhalb Nordrhein-Westfalens gegenüber den Ausländerbehörden großzügig auszulegen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Redezeiten sind auch weitestgehend erschöpft. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/46** ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Wer Enthält sich? – Die Fraktion Die Linke. – Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 15/46 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung der Linken **angenommen**.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/32 in geänderter Fassung**. Die antragstellende Fraktion Die Linke hat direkte Abstimmung beantragt. Wer dem geänderten Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Die Linke, die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Wer möchte dagegen stimmen? – Das sind CDU und FDP. Damit ist der Antrag Drucksache 15/32 in der geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Ich rufe auf:

## 9 UN-Konvention zur Inklusion in der Schule umsetzen

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/26

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen.

Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen, sodass wir jetzt gleich zur Empfehlung des Ältestenrates kommen, den **Antrag Drucksache 15/26** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** – mitberatend – zu **überweisen**. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Stimmt jemand gegen die Überweisung? – Möchte sich jemand enthalten? – Dann ist die Überweisungsempfehlung so angenommen.

Wir kommen zu:

## 10 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Zensusgesetz 2011 (Zensusgesetz 2011 – Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2011 AG NRW)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/15 und  
Vorlage 15/22

erste Lesung

Eine Beratung ist hierzu heute ebenfalls nicht vorgesehen.

Deshalb kommen wir auch hier sofort zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 15/15** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – mitberatend. Gibt es jemanden, der dieser Überweisung nicht zustimmen möchte? – Nein. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig den Gesetzentwurf überwiesen.

Wir kommen zu:

## 11 Beschlüsse zu Petitionen

Übersichten 14/65 und 14/66

Wir dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.